

Bundesfachgruppenkonferenz Medien

**M 011** dju-Landesvorstand Berlin-Brandenburg

## **Presse-, Informations- und Meinungsfreiheit im Netz sichern**

### **Die Bundesfachgruppenkonferenz Medien beschließt**

ver.di setzt sich offensiv für die Presse-, Informations- und Meinungsfreiheit im Internet ein und gegen Hinweis- und Stoppschilder auf Internetseiten, Vorratsdatenspeicherung und Netzsperrern. Inhalte, die über das Netz transportiert werden, werden nicht gefiltert oder diskriminiert.

Gleichzeitig setzt sich ver.di dafür ein, dass moderne Anwendungen und Technologien wie „Deep Packet Inspection“ zum Filtern oder Überwachen von Inhalten im Internet bei den Netzbetreibern unzulässig bleiben. Richterliche Vorbehalte gegen die Herausgabe von Nutzerdaten und die Sperrung von verbotenen Inhalten müssen erhalten bleiben.

Alle ver.di-Positionen zum Internet werden darauf hin überprüft und gegebenenfalls revidiert. Gegen gegenteilige Positionen von internationalen Gewerkschaftsorganisationen (UNI-MEI, UNI-Europe) wird ver.di sich öffentlich positionieren.

ver.di würde es begrüßen, wenn die Urheberinnen und Urheber auf ihren Internetseiten kennzeichnen würden, welche Werke urheberrechtlich geschützt und welche freigegeben sind.

### **Begründung:**

Im Interesse der Presse-, Informations- und Meinungsfreiheit muss der ungehinderte Zugang zum Internet (Netzneutralität) gewährleistet sein. Hinweis- und Stoppschilder, aber auch Netzsperrern, die technisch nur durch eine Vorratsdatenspeicherung möglich sind, ebenso wie die generelle Vorratsdatenspeicherung, schränken die Arbeitsmöglichkeiten der Presse ein. Dies gibt interessierten Stellen die Möglichkeit, die von Pressevertretern besuchten Internetseiten nachzuvollziehen. Angesichts der von Politikern immer wieder im Zusammenhang mit einer tatsächlichen oder vermuteten Terrorgefahr geforderten Vorratsdatenspeicherung lässt dies befürchten, dass eine repressionsfreie Recherche in der Zukunft zumindest gefährdet ist. In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Sicherheitslecks im Datenschutz aufgedeckt. Die Weitergabe von Daten an staatliche Stellen kann nicht – und schon gar nicht in der Zukunft – ausgeschlossen werden. Zudem würden diese Einschränkungen dazu führen, dass Informanten in der Zukunft noch weiter verunsichert werden. Die Pressefreiheit und die Bürgerrechte müssen für ver.di als Gesamtorganisation gemeinsame Ziele sein. Antrag an die Bundeskonferenzen der Berufsgruppe dju und der ver.di-Fachgruppe Medien sowie Bundeskonferenz ver.di-Fachbereich 8 und ver.di-Bundeskongress

*(Der Antrag wird an die Bundeskonferenz ver.di-Fachbereich 8 und den ver.di Bundeskongress weitergeleitet)*